

Aktuell besteht ein grosser Bedarf an Psychotherapie, so dass mit langen Wartezeiten gerechnet werden muss: mehrere Monate oder ein halbes Jahr sind keine Seltenheit. Auf der entsprechenden für Basel wichtigsten Suchplattform doc24 sind (Stand: 17. Mai 2024) nur 1% der psychologischen und ärztlichen Psychotherapeut:innen ohne Wartezeiten verfügbar. Ähnliche Zahlen berichtet die Therapieplatzvermittlung des Verbandes der Psychotherapeut:innen beider Basel VPB. Hinzu kommt, dass der Bedarf an Psychotherapie seit Jahren wächst. Die WHO schätzt, dass 2030 die psychischen Erkrankungen an der Spitze der wichtigsten gesundheitlichen Belastungen der westlichen Gesellschaften stehen werden. Dabei verursachen psychische Erkrankungen nebst grossem Leid auch hohe Kosten. Schätzungen vom BAG gehen von über sieben Milliarden Franken jährlich aus. Arbeitsausfälle wegen psychischer Erkrankung erreichten 2023 einen Rekord und haben um 20 Prozent zugenommen: Jede zweite IV-Rente in der Schweiz hat inzwischen psychische Ursachen. Eine dauerhaft IV beziehende Person kostet von der ersten Rente bis zur Pensionierung im Schnitt allein die Pensionskasse rund 460'000 Franken, wie Berechnungen der Versicherungsgesellschaft PK Rück zeigen.

Vor diesem Hintergrund wird klar, dass nebst der Förderung einer belastbaren psychotherapeutischen Versorgung vor allem die Stärkung der Prävention das Gebot der Stunde ist. Die psychische Gesundheit der Bevölkerung muss nachhaltig gestärkt werden, um langfristig den Bedarf an Psychotherapie zu senken. Dadurch wird nicht nur Leiden verhindert, auch finanziell zahlt sich die Investition in Prävention aus: So kommen Berechnungen zum Schluss, dass Behandlungen von psychischen Erkrankungen um ein Mehrfaches teurer sind als deren frühzeitige Prävention. Die Förderung von Prävention hilft somit sowohl gegen die weitere Zunahme von psychischen Erkrankungen wie auch gegen die Überlastung des bestehenden Psychotherapieangebots. Dabei ist es mit vergleichsweise minimalen Mitteln möglich, bereits ab Kindesalter für Prävention von psychischen Erkrankungen zu sorgen und die Resilienz zu stärken. Entsprechende wissenschaftlich Evidenz dazu existiert schon seit längerem und mit dem START NOW-Projekt der UPK und der Universität Basel steht ein gut evaluiertes Programm zur Förderung der Resilienz und Verbesserung der Stress- und Emotionsregulation für Jugendliche ab 12 Jahren zur Verfügung. Dieses Projekt bietet unter anderem den vom Gesundheitsdepartement finanzierten fakultativen Workshop STRONGER NOW an Basler Schulen an. Auch eine Adaption des Programms für Kinder ab fünf Jahren (START NOW KIDS) ist bereits ausgearbeitet.

Angesichts des grossen Handlungsbedarfs ist die Unterstützung dieses fakultativen Angebots für Jugendliche an Basler Schulen zwar begrüssenswert, es stellt sich aber die Frage, ob der Kanton Basel-Stadt nicht sehr viel mehr Ressourcen in die Prävention psychischer Erkrankungen investieren müsste. Ich bitte die Regierung deshalb um Beantwortung folgender Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass der bislang fakultativ wählbare Workshop STRONGER NOW zu einem obligatorischen Angebot für alle Schüler:innen ab 12 Jahren an den Basler Schulen ausgebaut werden sollte?
  - a. Wenn ja, ist die Regierung bereit, zusammen mit dem Programm START NOW der UPK und der Universität Basel die Implementierung eines obligatorischen Kursangebots für Jugendliche an den Basler Schulen zu prüfen und zu berichten, wie dies finanziert werden könnte?
  - b. Wenn nein, warum ist die Regierung der Ansicht, dass ein einzelner, fakultativer Workshop ausreichend ist für die langfristige und nachhaltige Prävention von psychischen Erkrankungen?
2. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung der Wissenschaft, dass eine nachhaltige Prävention von psychischen Erkrankungen optimalerweise bereits im Kindesalter gefördert werden müsste und wäre er deshalb bereit, zusammen mit dem Programm START NOW der UPK und der Universität Basel auszuarbeiten, wie eine frühzeitige

Stärkung der psychischen Resilienz bereits bei Kindern ab Kindergartenalter gefördert werden könnte?

- a. Wenn ja, ist der Regierungsrat bereit zu prüfen und zu berichten, wie eine angemessene Präventionsarbeit an Basler Kindergärten und Schulen aussehen könnte, wer in die Projektierung involviert werden müsste und wie ein solches Angebot finanziert werden könnte?
  - b. Wenn nein, warum erachtet der Regierungsrat eine bereits frühzeitige und damit nachhaltige Stärkung der psychischen Resilienz von allen Kindern im Kanton Basel-Stadt für nicht förderungswürdig?
3. Wenn der Regierungsrat nicht bereit ist, einen Angebotsausbau zusammen mit START NOW zu prüfen, wie gedenkt er stattdessen, den grossen Herausforderungen im Bereich psychische Gesundheit – namentlich der Zunahme psychischer Erkrankungen und der Überlastung des psychotherapeutischen Angebots – präventiv und nachhaltig wirksam zu begegnen?

Fleur Weibel